



LI-Konferenz vom 16. April 2015
„Europa, die EU und der Sinn der Nation“

Die Zukunft der Nation und des Nationalstaates oder Migration als neue nationale Frage

Vortrag von

Erich Weede

Wie Karl Popper halte ich Definitionen für Namensgebungen oder Abkürzungen, die uns nichts über das Wesen der Dinge verraten können. Definitionen können also nicht wahr oder falsch sein, sondern nur mehr oder weniger eindeutig, auch mehr oder weniger praktisch. Besonders eindeutig, weil nur auf ein einziges Merkmal bezogen, ist die Definition der Nation bei Ludwig von Mises (1919/2006). Mises versteht die Nation ausschliesslich als Sprachgemeinschaft. Dann bilden Briten und Amerikaner und Australier eine einzige gemeinsame Nation, die Schweizer aber keine. Bezieht man zusätzlich eine gemeinsame Kultur oder Zusammengehörigkeitsgefühle¹ (wie Anderson 1991; Gat 2013; Gellner 1983, S. 7; Spruyt 2014, S. 312) mit ein, vielleicht auch eine gemeinsame Geschichte oder gar die Vorstellung einer gemeinsamen Abstammung, dann wird der Begriff der Nation weniger eindeutig, weil die genannten Merkmale nicht perfekt mit einander korrelieren. Dann gibt es umso eher eine Nation, je mehr sich die betroffenen Menschen dafür halten und damit identifizieren. Briten und Amerikaner sind dann verschiedene Nationen. Dann wird auch denkbar, dass Engländer und Schotten verschiedene Nationen sind oder werden wollen. Die zunehmende Unschärfe des Begriffs

¹ Das Gefühl der Zusammengehörigkeit baut nicht nur auf einer gemeinsamen Kultur auf, sondern auch auf dem Gefühl einer verwandtschaftlichen Beziehung zu den anderen Angehörigen desselben ethnischen Gruppe oder desselben Volkes. Zwar kann man mit Recht sagen, dass ethnische Gruppen ‚imaginäre Gemeinschaften‘ sind, aber das bedeutet nicht, dass Intellektuelle oder Politiker die Volksgemeinschaften schnell und aus dem Nichts schaffen können. Ausgangspunkt der Entwicklung von ethnischen Gruppen (durch gemeinsame Kultur und Verwandtschaftsgefühle definiert), Völkern (zusätzlich: gemeinsames historisches Schicksal) und Nationen (zusätzlich gemeinsame politische Organisation) müssen immer die ethnischen und politischen Gegebenheiten sein, wobei die Führung ethnische Zusammengehörigkeitsgefühle nicht nur ausbeuten kann, sondern oft auch teilt (Gat 2013, S. 258).

der Nation erlaubt aber eine Annäherung an den allgemeinen Sprachgebrauch. Ich halte es für unpraktisch davon abzuweichen. Nation bleibt ein unscharfer Begriff: Nationen sind sogar ohne nennenswerte Wanderungen veränderlich. Die Österreicher sind heute eher als 1938 eine von der deutschen Nation separate Nation. Ob die Ukrainer eine von der russischen Nation separate Nation sind, wird in Lemberg und zunehmend auch in Kiew überwiegend bejaht. Aber in der russisch sprechenden Ostukraine fällt die Antwort weniger eindeutig aus.

Nationales Bewusstsein kann die Staatenbildung beeinflussen, wie etwa bei der deutschen Wiedervereinigung, aber auch Resultat von staatlicher Organisation sein, wie schon länger im Falle der Schweiz und zunehmend auch in Österreich. Von Nationalstaat kann man sprechen, wenn der Siedlungsraum der sich als Nation empfindenden Menschen und das Staatsgebiet bzw. die Staatsangehörigkeit übereinstimmen. In Anlehnung an Gellner (1983) kann man auch sagen, dass die kulturelle Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeitsgefühle den Staat legitimieren. Das ist offensichtlich nicht bei allen Staaten der Fall. Serben, die im nördlichen Kosovo wohnen, empfinden sich meist nicht als Bürger des Kosovo. Als der Kosovo noch Teil Serbiens war und die Kosovaren noch von Belgrad aus regiert wurden, empfanden diese sich auch nicht als Serben. Die Nichtübereinstimmung von nationalen Grenzen mit politischen Grenzen ist sowohl ein wesentlicher und besonders hartnäckiger Grund für internationale Kriege (Goertz and Diehl 1992; Vasquez 1993; Weede 1975) als auch einer für Bürgerkriege, Staatszerfall und politische Instabilität (Collier 2009, S. 130; Gat 2013, S. 290; Leeson and Williamson 2011, vor allem S. 62; Fiala and Skaperdas 2011, S. 187). Unabhängig von der Art des Regimes und der Bestimmung der Regierung, ist Legitimität nützlich, weil sie – worauf schon Weber (1922/1964) hingewiesen hat – *gehören wollen* impliziert. Wo Staat und Regierung nicht legitim sind, also nach Auffassung der Bevölkerung keine Unterstützung verdienen, da kann der Staat nicht gut funktionieren, schon gar nicht ohne sich dauernd auf Gewalt und Drohungen zu stützen.² Wo der Staat nicht als der eigene bzw. der des eigenen Volkes empfunden wird, sind Legitimität und Gehorchen-Wollen fragwürdig.³

Weil Nationalismus als Legitimitätsprinzip bzw. die Forderung nach Übereinstimmung von nationalen und politischen Grenzen an vielen Stellen den Status quo und das daran orientierte Völkerrecht infrage stellt, weil so verstandener Nationalismus Kriegsgrund sein kann und mehrfach gewesen ist, neigen heutzutage viele Menschen in der westlichen Welt dazu, Nationalbewusstsein und nationale Solidarität eher für ein Übel als für ein Gut zu halten. Das ist zumindest dann eine merkwürdige Auffassung, wenn dieselben Menschen Solidarität, also die freiwillige Bereitschaft, etwas für Andere zu tun, mit denen man solidarisch sein will, für etwas Gutes halten. Denn das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Nation ist dann ja eine Voraussetzung dafür, Egoismus zu überwinden und durch nationale Solidarität zu ersetzen.⁴ Nationalbewusstsein ist nicht die einzig denkbare Solidaritätsbasis. Es kann auch die Zugehörigkeit zu einer religiösen Glaubensgemeinschaft oder eine gemeinsame Ideologie sein. Aber Kreuzzüge oder der islamische Staat oder auch der kalte Krieg erinnern daran, dass Nationalbewusstsein nicht

² Das setzt aber zumindest noch Legitimität im Herrschaftsapparat voraus, also bei Verwaltung, Polizei, Justiz und Militär.

³ Bei Gat (2013, S. 312) heisst es dazu: „hardly any nation exists based solely or even mainly on political allegiance to state and constitution.“

⁴ Natürlich kann man nationale Solidarität als Gruppenegoismus auffassen und bezeichnen. Aber das ändert nichts daran, dass nationale Solidarität Menschen dazu motivieren kann und dazu motiviert hat, etwas *für Andere* zu tun. Vor allem bei Soldaten oder Kriegsfreiwilligen geht das bis zum Einsatz des eigenen Lebens. Auch die Bereitschaft, Steuern zu zahlen statt zu hinterziehen oder den Sozialstaat *nicht* auszubeuten (Heinemann 2008), dürfte von nationaler Solidarität gefördert werden. In Entwicklungsländern besteht ein Zusammenhang zwischen ethnischer Heterogenität und besonders bescheidenen öffentlichen Leistungen (Collier 2009, S. 58).

die einzige Solidaritätsbasis ist, die missbraucht werden kann und unerfreuliche Konsequenzen haben.

Weil Menschen nicht nur individuelle und von Person zu Person variierende, sondern auch gemeinsame Interessen haben, können Solidaritätsgefühle – nicht nur, aber eben auch: nationale – nützlich sein. Wichtige gemeinsame Interessen ergeben sich aus der Existenz öffentlicher (oder kollektiver) Güter, die vor allem durch das Merkmal der Nicht-Ausschliessbarkeit definiert werden (Olson 1968).⁵ Wenn Güter, wie Kriegsverhütung, eine kaum von Kriminalität geplagte Gesellschaft oder eine freiheitliche und deswegen auch produktive Wirtschaftsordnung (Hayek 1971; Weede 2012) beschafft werden, dann kommt das allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute, dann können Einzelne nicht (oder zumindest nicht leicht und kostenlos) vom Genuss dieser öffentlichen Güter ausgeschlossen werden.⁶ Weil in grossen Gruppen der Einzelbeitrag wenig Einfluss auf die Beschaffungschance hat, führt ein rein egoistisches Kalkül leicht zur Beitragsverweigerung und zur Nichtbeschaffung des öffentlichen Gutes. Das will ich am Beispiel der Erhaltung einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung erläutern. Diese wird nur erhalten, wenn möglichst jeder Produzent dem Preis- und Qualitätswettbewerb anderer Produzenten im In- und Ausland unterworfen bleibt. Zur Erhaltung einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung trägt man also wesentlich dazu bei, dass man selbst nicht versucht, eigene Sonderrechte (wie Wettbewerbsschutz) durchzusetzen. Zur Erhaltung einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung trägt man auch bei, wenn aus der Tatsache, dass Andere am Markt erfolgreicher sind als man selbst, nicht den Ruf nach mehr Umverteilung durch die Politik und weniger Markt ableitet. Sofern die nationale Identifikation die Bereitschaft fördert, aus Gründen der Leistungsfähigkeit und Effizienz eine freiheitliche Markt- und Wettbewerbsgesellschaft zu erhalten, kann das nur im allgemeinen Interesse sein. Die Übernahme des Wettbewerbskapitalismus in Japan im 19. Jahrhundert und in China Ende des 20. Jahrhunderts, also die Überwindung der Massenarmut eines Viertels der Menschheit, halte ich ohne Nationalismus für kaum erklärbar (Greenfeld 2001).

In Webers Herrschaftssoziologie geht es um die Legitimität von politischer Macht und Herrschaft. Die Wirtschaftsordnung mit ihren rechtlichen und informellen Institutionen braucht ebenfalls Legitimität oder Akzeptanz der Spielregeln durch die Marktteilnehmer. So wie in Webers Herrschaftssoziologie die Tradition eine wichtige Legitimitätsquelle ist, spielen auch in Hayeks (1971) „Verfassung der Freiheit“ Traditionen bzw. eingespielte Verhaltenserwartungen und Standards eine wichtige Rolle.⁷ Hayeks Rechtsideal ist ja weniger die Gesetzgebung durch ein omnipotentes Parlament als vielmehr die Rechtsfindung des „common law“ und damit die Orientierung an den Rechtstraditionen der Gemeinschaft. Soweit die Nation eine freiheitliche und wettbewerbsfreundliche Wirtschafts- und Rechtsordnung geniesst und deshalb produktiver als andere Länder wirtschaftet, kann Nationalbewusstsein zur Verteidigung einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung beitragen. Das scheint mir für die Schweiz und die USA,⁸ auch noch

⁵ Viele Autoren verlangen von öffentlichen Gütern ausserdem noch die Nicht-Rivalität des Konsums. Bei öffentlichen Gütern, wie einer sauberen Umwelt oder Frieden, mindert der Konsum des Einen nicht die Konsumchancen Anderer.

⁶ Bei der Wirtschaftsordnung ist klar, dass eine freiheitliche Ordnung den Individuen nur Einkommenschancen und nicht Einkommen vermittelt. Für die Realisierung der Chancen muss man selbst noch etwas tun.

⁷ Lange vor Hayek hatte David Hume die ähnliche Auffassung vertreten, wonach man Konventionen auf der Basis „eines allgemein geteilten Verständnisses gemeinsamer Interessen“ befolgt (vgl. dazu Krebs 2014, S. 14). Bei dem Soziologen George Caspar Homans (1974, S. 98) heisst es: „Whatever is becomes what ought to be“. Das ist natürlich keine normative Aussage darüber, wie Normen entstehen sollten, sondern die Behauptung, dass Normen aus Verhaltensregelmässigkeiten entstehen.

⁸ Für die USA wird das bei Huntington (2004) ausführlich analysiert. Sein Schwerpunkt ist allerdings mehr noch als die Wirtschaftsordnung die politische Ordnung der Gesellschaft.

für Grossbritannien und vielleicht sogar für Deutschland, aber weniger für das tendenziell dem Kapitalismus kritisch gegenüber stehende Frankreich und die Euro-Krisenländer am Mittelmeer zu gelten.

Was das öffentliche Gut einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung angeht, besteht aber der wahre Kontrast nicht zwischen verschiedenen westlichen Ländern, sondern mehr noch zwischen den westlichen Industrieländern mit einer zumindest halbwegs freiheitlichen Wirtschaftsordnung einerseits und vielen armen Entwicklungsländern andererseits, deren Institutionen wirtschaftliche Freiheit, Wettbewerb und Innovation eher unterbinden als unterstützen. Mit Collier (2013) sollte man davon ausgehen, dass die Institutionen der westlichen Welt und die vieler Länder des Rests der Welt in einer Beziehung nun mal *nicht* gleichwertig sind. Die westlichen Institutionen oder das meist grössere Ausmass der wirtschaftlichen Freiheit im Westen haben wesentlich zu Wohlstand, Produktivität und Wirtschaftswachstum im Westen beigetragen. Das kann man zwar auch mit ökonomischen Studien der letzten Jahrzehnte belegen, vor allem aber mit wirtschaftshistorischen Betrachtungen über Jahrhunderte (kurz zusammengefasst bei Weede 2012).⁹ Wenn die westlichen Institutionen für den Wohlstand des Westens wesentlich verantwortlich sind, wie ich in Übereinstimmung mit Collier (2013) unterstelle, dann muss man die Frage stellen, ob die Kultur-, Gefühls- und Identifikationsgemeinschaft Nation nicht einen bedeutsamen Beitrag zur Legitimation einer historisch im Westen verwurzelten Wirtschaftsordnung liefert, die wegen der mit ihr verbundenen „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter 1942/1950) nicht nur Gewinner erzeugen kann, die aber trotzdem auch auf die Hinnahme der Spielregeln durch die Verlierer oder auf Legitimität angewiesen ist. Aber nicht nur die kapitalistische Wirtschaftsordnung, sondern auch die freiheitlich-demokratische Ordnung selbst kann vom Ausmass der ethnischen Homogenität abhängen. Ohne gefestigte nationale Identität, die fast immer eine ethnische Basis hat, ist Selbstregierung des Volkes kaum vorstellbar (Mill 1862/1977, S. 547; Gat 2013, S. 249). Auch die Bereitschaft zur Umverteilung im Sozialstaat hängt vom Ausmass der ethnischen Homogenität ab, wie u.a. der Kontrast zwischen den USA und dem lange Zeit ethnisch homogeneren Westeuropa illustriert (Alesina and Glaeser 2004, S. 17-19; Gat 2013, S. 322-323).

Wirtschaftshistorische Studien zur Durchsetzung der wirtschaftlichen Freiheit oder des Kapitalismus haben mich davon überzeugt (Weede 2012), dass die Fragmentierung politischer Macht in Europa wesentlich zur Begrenzung staatlicher Macht beigetragen hat. Die Fragmentierung politischer Macht hat mehrere Dimensionen. Verglichen mit den asiatischen Grossreichen waren die europäischen Herrschaftsgebiete kleinräumig genug, dass die Untertanen eine Chance zum Entlaufen hatten, dass wohlhabende Kaufleute die Herrschaftsgebiete besonders räuberischer Fürsten umgehen konnten, was den Herrschern Anreize zur Respektierung des Privateigentums der Untertanen vermittelte. Die politische Fragmentierung Europas sorgte für Standortkonkurrenz. Autonome und wehrhafte Städte gab es nur in Europa, nicht aber in den asiatischen Hochkulturen. Weil – wie man sagte – Stadluft frei machte, hatten Städte sogar Bauern die Möglichkeit gegeben, ihren Herren zu entlaufen und in Städten Schutz, Arbeit und Brot zu finden. Neben der Kleinräumigkeit der Herrschaftsgebiete in Europa und der Existenz autonomer

⁹ Institutionenökonomische Erklärungen der industriellen Revolution und der Überwindung der Massenarmut im Westen durch Verbesserung der Eigentumsrechte und Anreize sind von McCloskey (2010) einer gründlichen Kritik unterzogen worden. Ähnlich wie Tocqueville hält auch McCloskey (2010, S. 351) formale Institutionen für weniger wichtig als „sentiments, beliefs, ideas, habits of the heart“, vor allem die Anerkennung von Würde und Freiheit aller Menschen, die nach McCloskey Voraussetzung für den Innovationsschub war, der die Massenarmut im Westen überwunden hat. Unabhängig davon, ob man primär die Institutionen oder die Ideen des Westens für unseren Wohlstand verantwortlich macht, stellt sich die Frage, ob diese Errungenschaften eine Massenzuwanderung von Menschen aus ärmeren Kulturkreisen mit einem anderen institutionellen und ideellen Hintergrund überleben können.

Städte hat auch die Rivalität zwischen Kaisern und Päpsten und nach der Reformation die Konkurrenz der Kirchen zur Verhinderung der Verschmelzung geistlicher und weltlicher Gewalten und der damit verbundenen Verfestigung von Herrschaft beigetragen. Zwar ist Gewaltenteilung und verfassungsmässige Begrenzung aller Amtsgewalten notwendig, aber meine These ist, dass nur auf der Basis von geopolitischen und religiösen Realitäten, von Wettbewerb unter den Herrschenden und Einflussreichen, Freiheits- und Eigentumsrechte entstehen und respektiert werden konnten. Auch die Möglichkeit der Auswanderung nach Übersee, vor allem nach Amerika, hat wesentlich zur Stärkung der Freiheitsrechte europäischer Individuen gegenüber ihren Obrigkeiten bzw. der Staatsmacht beigetragen. Soweit zum Zusammenhang von Exit oder Migrationsmöglichkeiten und Freiheit *vor* der Erfindung des Sozialstaates.

Seitdem es Sozialstaaten gibt, seitdem Sozialtransfers und Umverteilung quantitativ die Staatshaushalte dominieren, hat sich das Verhältnis von Migration und Freiheit geändert (vgl. Huntington 2004, S. 219; Sinn 2014). Vom Steuer- und Sozialstaat gehen Wanderungsanreize aus: Viele Menschen in den ärmsten Ländern Europas oder im angrenzenden Mittelmeerraum wissen, dass die Sozialleistungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern immer noch höher sind als das, was man in der Heimat als Durchschnittsverdiener erarbeiten kann. Viele deutsche Leistungsträger wissen, dass ihre Steuerlast in der Schweiz oder in den USA etwas geringer als in der Heimat wäre. Abwanderung von Leistungsträgern und Zuwanderung in die Sozialsysteme ist nicht das, was ein ergrauendes Land braucht. Die vom Sozialstaat veranlassten Migrationsströme sorgen also dafür, dass sich die Humankapitalbasis von wohlhabenden Sozialstaaten und damit deren Leistungsfähigkeit verschlechtert. Weil Sozialstaaten Zuwanderern schnell Transferleistungen geben, muss jeder Zuwanderer wegen des steigenden Finanzbedarfs des Staates auch die Übergriffe des Staates auf die Früchte der Arbeit der Leistungsträger und Steuerzahler verstärken. Sozialleistungen für Zuwanderer werden also durch Freiheitsbegrenzungen (höhere Steuerlasten) der Leistungsträger erkaufte.¹⁰ Dass in Deutschland nicht irgendwelche Interessen der einheimischen Bevölkerung die Zuwanderung steuern, sondern vorwiegend humanitäre Gesichtspunkte, kann man daran sehen, dass nach dem Bericht der Beauftragten der Bundesregierung (2014, S. 16, 21, 459) 2014 ca. 200.000 Asylanträge gestellt worden sind, dass ausserdem der Familiennachzug einen wesentlichen Teil der Zuwanderung ausmacht, dass der Wanderungsgewinn Deutschlands 2013 aber nur 437.000 Menschen betrug.

Armutszuwanderer in Sozialstaaten gefährden aber nicht nur durch ihren Finanzierungsbedarf die freiheitlichen Institutionen des Aufnahmelandes, sondern auch weil sie ihre Gewohnheiten, ihre Einstellungen, ihre Gerechtigkeitsvorstellungen aus der

¹⁰ Es gibt zwar empirische Studien, die zu dem Schluss kommen, dass Zuwanderung auch im wenig selektiven Deutschland die öffentlichen Kassen entlastet, also für die Einheimischen (und Altzuwanderer) gut ist, aber mit Sinn möchte ich darauf hinweisen, dass derartige Ergebnisse darauf beruhen, dass man die allgemeinen Staatsausgaben (von der Administration über Justiz und Polizei bis zur Verteidigung) nur den Einheimischen zurechnet, nicht aber den Zuwanderern. Wenn man mit Sinn (2014) diese Ausgaben der gesamten Wohnbevölkerung zurechnet, dann kosten Migranten Deutschland (je nach Details der Berechnung) zwischen 700 und 2400 Euro pro Jahr, im Leben vielleicht um die 79000. Eine Sanierung der Staatsfinanzen durch die Art der Zuwanderung, die Deutschland tatsächlich hat, ist also nicht denkbar. Auch der Bundesregierung muss eigentlich die finanzielle Belastung der einheimischen Steuerzahler durch Zuwanderung bekannt sein. Denn dem Migrationsbericht der Beauftragten der Bundesregierung (2014, S. 17-18) kann man entnehmen, dass nur 5,4% der deutschen Schüler, aber 11,6% der ausländischen Schüler keinen Hauptschulabschluss erreichen, dass in Deutschland 13,5% der jungen Erwachsenen (20-29 Jahre) ohne berufliche Ausbildung sind, bei Ausländern aber 30,5%. (Nebenbei bemerkt, man hätte bei den zuletzt genannten Zahlen einen noch schärferen Kontrast bekommen, wenn man die Prozentsätze der jungen Deutschen und nicht der Gesamtbevölkerung mit denen der jungen Ausländer verglichen hätte.) Offensichtlich ist berufliche Ausbildung eine Determinante von Einkommen und Steuerzahlungen. Während die Armutsgefährdung bei Nichtmigranten nur 12,3% der Bevölkerung betraf, waren es bei Migranten 26,8%. Die Arbeitslosenquote war bei Ausländern von 2008 bis 2013 immer mindestens doppelt so hoch wie bei Deutschen (Beauftragte der Bundesregierung 2014, S. 37, 167).

Heimat mitbringen, weil sie sich in dieser Hinsicht von den Alteingesessenen unterscheiden. Jede Rechtsordnung funktioniert am besten, wenn die meisten Menschen ihr meistens gehorchen *wollen*, wenn das positive Recht mit den Gewohnheiten, Einstellungen und Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen harmoniert, wenn sich Legalität und Legitimität möglichst wenig unterscheiden. Massenhafte Zuwanderung aus wirklich fremden Kulturkreisen – dabei denke ich nicht an Italiener, Kroaten oder Polen, sondern an Türken, Araber oder Afrikaner – muss zur Infragestellung der institutionellen Basis der freiheitlichen Gesellschaften Europas oder des Westens beitragen. Das gilt verstärkt, wenn die Zuwanderer überwiegend aus derselben fremden Kultur stammen, wie Pakistaner in England, Algerier in Frankreich und Türken in Deutschland.¹¹ Je weniger selbstverständlich die Institutionen oder die Rechtsordnung sind, desto eher wird das Funktionieren der Gesellschaft beeinträchtigt, auch Freiheit und Wohlstand.

Ob Zuwanderung das institutionelle Fundament der Aufnahmeländer gefährdet oder nicht, hängt von vielen Faktoren ab. Offensichtlich ist das eine Frage der Zahl. Einzelne Zuwanderer haben keine Alternative zur Assimilation und Integration. Bei einer grösseren Zahl an Zuwanderern dürfte es die Assimilation beschleunigen, wenn die Zuwanderer nicht alle aus demselben Land stammen und folglich den gleichen institutionellen und kulturellen Hintergrund mitbringen. Das Phänomen der Kettenzuwanderung führt allerdings dazu, dass tendenziell die Auswanderer aus einem Herkunftsland in dasselbe Zielland gehen. Sind schon Verwandte, Freunde oder Nachbarn ausgewandert, können die einem die Eingewöhnung in der neuen Heimat erleichtern (vgl. Collier 2013, S. 162). Diese Erleichterung für die Zuwanderer mindert allerdings den Assimilationsdruck und erleichtert die Ghettoisierung. Daneben spielt die kulturelle Nähe zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland eine Rolle. Die technische Entwicklung im Transport- und Kommunikationswesen verlangsamt allerdings die Assimilation von Zuwandern (Huntington 2004, S. 14). Italienische, irische oder deutsche Auswanderer nach Amerika im 19. Jahrhundert verloren schnell den Kontakt zur alten Heimat und wurden Amerikaner. Türkische Zuwanderer nach Deutschland oder Albaner in der Schweiz können leicht jedes Jahr Heimaturlaub machen oder wöchentlich mit Freunden und Angehörigen in der alten Heimat telefonieren, was die Assimilation nicht gerade befördert.

Zuwanderungsschranken in wohlhabenden Gesellschaften nehmen den ausgesperrten Armen aus dem Rest der Welt natürlich die Chance, schnell ihren Lebensstandard wesentlich zu verbessern. Weder Freihandel, noch Entwicklungshilfe sind so wirksame Instrumente zur schnellen Verbesserung der ökonomischen Lage von Zuwandern wie offene Grenzen. Kann man Zuwanderungsschranken in Anbetracht dieser Tatsache verantworten? Das lässt sich vor allem dann vertreten, wenn man zeigen kann, dass Menschen nicht nur von der eigenen wirtschaftlichen Freiheit, sondern auch von der der Anderen profitieren (Hayek 1971, S. 41/42), dass auch die Menschen in den armen Ländern von den freiheitlichen Institutionen und dem dadurch ermöglichten Reichtum der reichen Länder profitieren. Wie die ökonometrische Forschung (Bleaney and Nishiyama 2002; Sala-i-Martin, Doppelhofer, and Miller 2004) zeigt, sind die Wachstumschancen der ärmeren und rückständigen Länder tatsächlich besonders gut. Sie können von den fortgeschrittenen Ländern Technologien und Organisationsmodelle übernehmen. Sie finden dort kaufkräftige Märkte für ihre Exporte. Über die sog. Vorteile der Rückständigkeit profitieren sogar die ausgesperrten Armen von funktionierenden freiheitlichen und wohlhabenden Gesellschaften im Westen. Genauso wie eine

¹¹ Nach der Beauftragten der Bundesregierung (2014, S. 30, 34) war die Türkei in 18,3% aller Fälle Herkunftsland der Migranten, bei den Einbürgerungen allerdings in 29,6% aller Fälle. Zuwanderung aus fremden Kulturkreisen ist natürlich kein spezifisch deutsches Problem, sondern allgemein ein europäisches Problem. Nach dem Economist (2015, S. 31) könnte schon 2050 fast jeder Dritte in Grossbritannien ‚nicht weiss‘ sein.

freiheitliche Wirtschaftsordnung nur die Einkommenschancen der Menschen verbessert, aber ohne eigene Anstrengung keine hohen Einkommen verspricht, ist es mit den Vorteilen der Rückständigkeit. Das sind potenzielle Vorteile, die eigene Anstrengungen erfordern. In der Vergangenheit waren Ostasiaten erfolgreicher dabei, diese Chancen zu nutzen als die Armen in anderen Regionen der Welt.

Die Verhinderung von Massen- und Armutszuwanderung aus wirklich fremden Kulturkreisen lässt sich auch rechtfertigen, wenn Anlass zu der Befürchtung besteht, dass kulturell heterogene Gesellschaften politisch instabiler oder gar stärker für Bürgerkriege anfällig sind als homogenere Gesellschaften.¹² Manche Sozialwissenschaftler halten ethno-linguistische Heterogenität und mehr noch die gegenseitige Verstärkung von Klassenkonflikten, Religionskonflikten und ethnischen Konflikten geradezu für ein Rezept für politische Instabilität oder den Bürgerkrieg (vgl. Gubler and Selway 2012; Leeson and Williamson 2011; von der Mehden 1973; Rogowski 1974). Armutszuwanderung von Muslimen in den Westen führt fast automatisch zur gegenseitigen Verstärkung von religiösen, ethnischen und Klassenunterschieden, weil ein schneller Aufstieg vieler Zuwanderer eher unwahrscheinlich ist. Das kann man etwa an den Schulabschlüssen oder nicht abgeschlossenen Berufsausbildungen ablesen (Altenbockum 2014; FAZ 2014). Die quantitative Forschung liefert zwar kein so eindeutiges Bild zum Zusammenhang von ethischer oder kultureller Heterogenität und politischer Instabilität wie zu den Vorteilen der Rückständigkeit, aber Beispiele für aus kultureller Heterogenität entstehende Konflikte fallen einem massenhaft ein: Hutus und Tutsis in Ruanda, Schwarzafrikaner und Araber im Sudan vor der Teilung, Christen und Muslime in Nigeria, Schiiten und Sunniten im Irak, Alawiten und Sunniten in Syrien, Katholiken (Kroaten), Orthodoxe (Serben) und Muslime (Bosnier, Kosovaren) im ehemaligen Jugoslawien, sogar Protestanten und Katholiken in Nordirland. Das Interesse an der Vermeidung politischer Instabilität durch allzu viel kulturelle Heterogenität hat dabei nichts mit übertriebenem Nationalismus oder Überbewertung der eigenen Kultur zu tun. Auch die in Deutschland oder der Schweiz lebenden Kinder von Flüchtlingen aus Jugoslawien oder dem Libanon können kein Interesse daran haben, dass in der neuen Heimat so ähnliche Zustände entstehen wie die, die ihre Eltern zur Flucht aus der Heimat veranlasst haben.

Die Verhinderung von Massen- und Armutszuwanderung wird aber im Laufe der Zeit immer schwieriger. Je mehr Menschen aus einem armen Herkunftsland in einem reichen Zielland schon leben, desto mehr Menschen wollen aus demselben Herkunftsland noch nachziehen. Die Kettenzuwanderung erleichtert den Neuankömmlingen das Einleben, verlangsamt aber die Integration, vor allem dann, wenn man ausserdem auch keinen Arbeitsplatz findet, wozu schon länger in Frankreich und seit diesem Jahr auch in Deutschland hohe Mindestlöhne wesentlich beitragen. Weil moderne Volkswirtschaften zunehmend mehr Ausbildung oder Humankapital verlangen, ist das ein beachtliches Risiko.¹³ Weil heute schon ca. ein Drittel aller Kinder unter 15 Jahren in Deutschland einen Migrationshintergrund hat (FAZ 2014),¹⁴ weil die meisten von ihnen aus wirklich fremden Kulturkreisen (und nicht aus Portugal oder Griechenland) stammen, ist nicht mit

¹² Bei der Erfassung des Ausmasses der Heterogenität sollte man nicht nur auf die Gesamtbevölkerung sehen, sondern vor allem auch auf Kinder und Jugendliche, in deren Hand ja die Zukunft von Gesellschaften liegt. Nach der Beauftragten der Bundesregierung (2014, Anhang, Tab. 2) ist der Migrantenanteil bei den unter 5-Jährigen 35,5%, bei der Altersgruppe 5 bis 10 noch 34,2%.

¹³ Natürlich sind Zuwanderungsschranken denkbar, bei denen die Aufnahmeländer von Zuwanderung profitieren. Sowohl der Verkauf von Zuwanderungsrechten zugunsten der Staatskasse als auch die Auswahl nach den Ergebnissen von Intelligenztests (Becker and Posner 2009, S.40) wäre für die Aufnahmeländer günstig.

¹⁴ Nach dem 10. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2014, S. 14) hatten 2013 ca. 20% der Gesamtbevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund, 11% hatten die deutsche Staatsangehörigkeit erworben, 9% waren Ausländer.

abnehmenden, sondern wegen der Kettenzuwanderung mit zunehmendem Migrationsdruck zu rechnen. Sogar zunehmende Einkommen in armen Ländern fördern die Abwanderung solange der Einkommensabstand zu reichen Ländern gross bleibt, weil man die Migrationskosten danach eher tragen kann. Sarrazins (2014) These, dass Deutschland sich abschafft, ist nicht so abwegig, wie vor allem diejenigen Politiker denken, die sich (wie Angela Merkel) auch die Beurteilung nicht gelesener Bücher zutrauen. Aber das ist natürlich kein deutsches Problem, sondern eher ein europäisches Problem, wenn nicht gar ein Problem der westlichen Welt, einschliesslich der USA (vgl. Huntington 2004).

Beim Sozialstaat wie bei der Armutszuwanderung in unsere Länder gilt, dass die Politik einen Weg wählt, der die Zuständigkeit der Politik immer mehr ausweitet, ob über den Finanzierungsbedarf der Sozialsysteme oder staatliche Zuständigkeit für Integration, etwa in Gestalt von Diskriminierungsverboten, die immer auch eine Einschränkung der privaten Vertragsfreiheit sind. Die europäische Politik ist sowohl beim Sozialstaat als auch bei der Migration gut-menschlich, aber zulasten wehrloser Dritter, ob kommender Generationen, denen Schulden und die Risiken kultureller Heterogenität zugemutet werden, oder der Leistungsträger und Steuerzahler, die tendenziell eine immer kleinere Minderheit der Wähler darstellen. Man kann zeigen, dass die Konzentration der Steuerlast auf eine Minderheit zunimmt,¹⁵ dass gleichzeitig die Transfers („entitlements“) zunehmen und die staatliche Schuldenlast auch (Lipford and Yandle 2012). In Deutschland zahlten 2011 die oberen 40 Prozent der Bevölkerung mit 89,3 Prozent die Einkommensteuer fast allein – ja die oberen zehn Prozent allein trugen schon 54,6 Prozent der Einkommensteuerlast – während eine Mehrheit der Bevölkerung sich daran so gut wie gar nicht beteiligte (IW 2012, S. 67).

Vor allem in Amerika – weniger in Europa und schon gar nicht in Frankreich und im Mittelmeerraum – hängen Nationalbewusstsein und die Akzeptanz einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zusammen (Lipset 1996; Huntington 2004). Die USA und in dieser Beziehung ähnlich die Schweiz sind deshalb interessante Fälle, weil trotz ethnischer und in der Schweiz linguistischer Heterogenität so etwas wie Nationalbewusstsein und Nationalstolz existiert. Dass weder ethnische, noch linguistische Heterogenität in diesen Fällen das friedliche Miteinander und die wirtschaftliche Zusammenarbeit stören, könnte mit der Art der Institutionen zusammenhängen. Schon Mises (1919/2006, S. 62, 78; ähnlich Leeson and Williamson 2011, S. 64) hatte darauf hingewiesen, dass Einschränkung der Staatstätigkeit und wirtschaftliche Freiheit für Individuen die negativen Effekte von Heterogenität neutralisieren kann. Aber vermutlich gilt das nicht bei beliebigen Ausmassen der Heterogenität. Ausserdem zeichnen sich Staatsausgaben und Staatstätigkeit seit dem 19. Jahrhundert durch ein allzu dynamisches Wachstum aus (Tanzi 2011).

Von Sonderfällen – wie den USA, Kanada, Belgien und der Schweiz – abgesehen haben die wohlhabenden westlichen Gesellschaften ihre freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unter der Bedingung weitgehender ethnischer Homogenität entwickelt. In den heterogenen Gesellschaften Belgiens und Kanadas ist durchaus nicht

¹⁵ Nach Lipford and Yandle (2012, S. 522) ist der Anteil des reichsten Prozents an den amerikanischen Bundessteuern von 1980 bis 2005 von 14,2 auf 27,7% gestiegen, hat sich also fast verdoppelt. Umgekehrt ist der Anteil der ärmsten 40% von 9 auf 5% gesunken, hat sich also fast halbiert. Nach Boskin (2012, S. 7) zahlte schon 2007 das oberste Prozent der Steuerzahler 38% der Einkommensteuern. Aber 47% aller Amerikaner bezogen staatliche Zahlungen. Natürlich wäre die Ungleichheit der steuerlichen Belastung nicht ohne die Ungleichheit der Einkommensverteilung vor Steuern möglich. Aber das ändert nichts an dem Trend, dass in immer mehr Demokratien ein immer kleinerer Teil der Wähler den Löwenanteil an der Steuerlast trägt.

klar, ob diese Staaten auch künftig zusammenhalten. In den USA gab es im 19. Jahrhundert immerhin einen Bürgerkrieg, der zwar auch mit wirtschaftspolitischen Fragen, aber eben auch mit der Sklaverei und damit der ethnischen Heterogenität des Landes zusammenhing. Ausserdem gehören die USA und die Schweiz zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Gesellschaften der Erde, was deren Zusammenhalt nur fördern kann. Ob die Staaten West- und Mitteleuropas die mit der Massenzuwanderung aus dem islamischen Kulturkreis und künftig – wie sich vor Lampedusa andeutet – wohl auch aus Schwarzafrika abzeichnende Transformation in multiethische Staaten verkraften, ohne ihren freiheitlich demokratischen Charakter zu gefährden, ihre Wirtschaftsordnung, ihren Wohlstand und den steuerfinanzierten sozialen Ausgleich, das ist eine offene Frage. Auch wenn schon dem Versuch einer Analyse ethnischer und nationaler Fragen das Odium politischer Unkorrektheit anhaftet, nicht alle Probleme verschwinden einfach dadurch, dass man ihre Existenz leugnet.

Literatur

- Alesina, Alberto, and Edward Glaeser (2004): *Fighting Poverty in the US and Europe: A World of Difference*. London: Oxford University Press.
- Altenbockum, Jasper von (2014): In einem anderen Deutschland. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Dienstag, 2. Dezember: 1.
- Anderson, Benedict (1991): *Imagined Communities*. New York: Verso.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2014): *Zehnter Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland*. Berlin: Bundesregierung (pdf).
- Becker, Gary S., and Posner, Richard A. (2009): *Uncommon Sense. Economic Insights from Marriage to Terrorism*. Chicago: University of Chicago Press.
- Bleaney, Michael, and Nishiyama, Akira (2002): Explaining Growth: A Contest between Models. *Journal of Economic Growth* 7(1): 43-56.
- Boskin, Michael J. (2012): Fiscal Policy for Economic Growth. *The Economist's Voice* 9: 1-13.
- Collier, Paul (2009): *Wars, Guns, and Votes*. New York: Harper.
- _____ (2013): *Exodus. How Migration Is Changing Our World*. Oxford: Oxford University Press.
- Economist, The (2015): Bagehot. David Cameron's many mansions. *The Economist*, vol. 414, number 8926: 31.
- FAZ (2014): Steiniger Weg zum Wunschberuf. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Montag, 17. November: 17.
- Fiala, Nathan, and Stergios Skaperdas (2011): Economic perspectives on civil wars. S. 177-194 in Christopher J. Coyne and Rachel L. Mathers (eds.): *The Handbook on the Political Economy of War*. Cheltenham (UK): Edward Elgar.
- Gat, Azar with Alexander Yakobson (2013): *Nations. The Long History and Deep Roots of Political Ethnicity and Nationalism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gellner, Ernest (1983): *Nations and Nationalism*. Oxford: Blackwell.
- Goertz, Gary, and Paul F. Diehl (1992): *Territorial Changes and International Conflict*. New York: Routledge.
- Greenfeld, Liah (2001): *The Spirit of Capitalism. Nationalism and Economic Growth*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Gubler, Joshua R., and Joel Sawat Selway (2012): Horizontal Inequality, Crosscutting Cleavages, and Civil War. *Journal of Conflict Resolution* 56(2): 206-232.
- Hayek, Friedrich, August von (1971): *Die Verfassung der Freiheit*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Heinemann, Friedrich (2008): Is the Welfare State Self-Destructive? A Study of Government Benefit Morale. *Kyklos* 61 (2): 237-257.
- Homans, George Caspar (1974): *Social Behavior. Its Elementary Forms*. Rev. ed. New York: Harcourt, Brace, Jovanovich.
- Huntington, Samuel P. (2004): *Who Are We? The Challenges to America's National Identity*. New York: Simon and Schuster.
- IW (2012): *Deutschland in Zahlen*. Köln: Institut der Deutschen Wirtschaft.
- Krebs, Helmut (2014): *Klassischer Liberalismus. Forum Freie Gesellschaft*. Norderstedt: Books on Demand.

- Leeson, Peter T., and Claudia R. Williamson (2011): Can't we all just get along? Fractionalization, institutions and economic consequences. S. 58- 71 in Christopher J. Coyne and Rachel L. Mathers (eds.): *The Handbook on the Political Economy of War*. Cheltenham (UK): Edward Elgar.
- Lipford, Jody W., and Bruce Yandle (2012): Tax Payers and Tax Spenders: Does a Zero Tax Price Matter? *Independent Review* 16: 517-531
- Lipset, Seymour M. (1996): *American Exceptionalism: A Double-Edged Sword*. New York: Norton.
- McCloskey, Deirdre N. (2010): *Bourgeois Dignity. Why Economics Can't Explain the Modern World*. Chicago: University of Chicago Press.
- Mill, John Stuart (1862/1977): *The Collected Works of John Stuart Mill, Vol. XIX. Essays on Politics and Society. Part II*. London: Routledge and Kegan Paul.
- Mises, Ludwig von (1919/2006): *Nation, Staat und Wirtschaft*. Liechtenstein: ECAEF.
- Olson, Mancur (1968): *Die Logik des kollektiven Handelns*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Rogowski, Ronald (1974): *Rational Legitimacy*. Princeton University Press, Princeton.
- Sala-i-Martin, Xavier, Doppelhofer, Gernot, and Miller, Ronald I. (2004): Determinants of Long-Term Growth: A Bayesian Averaging of Classical Estimates (BACE) Approach. *American Economic Review* 94(4): 813-835.
- Sarrazin, Thilo (2010): *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*. DVA, München.
- Schumpeter, Joseph A. (1942/1950): *Kapitalismus, Sozialismus und Bürokratie*. Bern: Francke.
- Spruyt, Hendrik (2014): The Emergence of Nation States. S. 311-320 in Masamichi Sasaki, Jack Goldstone, Ekkart Zimmermann, and Stephen K. Sanderson (eds.): *Concise Encyclopedia of Comparative Sociology*. Leiden: Brill.
- Tanzi, Vito (2011): *Government versus Markets. The Changing Economic Role of the State*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Vasquez, John A. (1993): *The war puzzle*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Von der Mehden, Fred R. (1973): *Comparative Political Violence*. Englewood Cliffs, NJ.: Prentice-Hall.
- Weber, Max (1922/1964): *Wirtschaft und Gesellschaft*. (Neudruck der 2. Aufl.) Köln: Kiepenheuer und Witsch.
- Weede, Erich (1975): *Weltpolitik und Kriegsursachen im 20. Jahrhundert*. München: Oldenbourg.
- _____ (2012): *Freiheit und Verantwortung, Aufstieg und Niedergang*. Tübingen: Mohr Siebeck.